

Bayr: Ausbeutung der Dritten Welt endlich stoppen!**Utl.: Zerstörung der Lebensgrundlagen aus Profitgier zeugt von Dummheit =**

Wien (SK) - Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt die Proteste der über 100 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus 25 Ländern, welche die österreichischen Unternehmen Andritz AG und Raiffeisen Zentralbank dazu auffordern, sich aus einem Geschäft auf Borneo zurückzuziehen, welches eine große Belastung für Menschen und Umwelt auf der Insel darstellt. ****

Bayr erinnert das Unternehmen Andritz AG an seine selbstgewählten Verpflichtungen hinsichtlich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, welche auch auf der Website des Unternehmens nachzulesen ist und wo von Verantwortlichkeit in diesen Bereichen (fast treuherzig) die Rede sei.

Bayr: "Dieser Fall bestätigt leider einmal mehr die Befürchtungen, dass die sogenannten CSRs kein ausreichendes Regel-, geschweige denn Kontrollwerk darstellen, um der tatsächlich bestehenden Verantwortung großer Unternehmen Rechnung zu tragen. Wir brauchen eindeutige Richtlinien, die gesetzliche Verbindlichkeit haben einerseits – und eine transparente Kontrolle der Einhaltung sowie konsequente Sanktionierung bei Nichteinhaltung der wichtigsten Sozial- und Umweltstandards andererseits."

"Die Umsetzung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechten wird einer der wichtigsten Aufgaben in der kommenden Dekade sein, um ein menschengerechtes Überleben auf unserer Erde zu ermöglichen. Und es wird großer Anstrengungen bedürfen, diese Priorität gegenüber den großen Unternehmen und transnationalen Konzernen durchzusetzen, die rein auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind. Dieser Diskurs ist längst über das Stadium eines 'Gesinnungsgeplänkels' hinaus und bestimmt entscheidend und grundlegend die Lebensqualität aller Menschen weltweit", ist Bayr überzeugt.

"Auf jeden Fall muss sichergestellt werden, dass Firmen, die Projekte wie dieses in Borneo, welches Umwelt und Menschen nachhaltig beeinträchtigt, auf keinen Fall mit öffentlichen Mitteln der Österreichischen Kontrollbank gefördert werden dürfen", stellte Bayr fest. Im November des Vorjahres war die entwicklungspolitische Sprecherin mit dem Klimabündnis in Ecuador, um sich einen Eindruck über die Zerstörung des Regenwaldes aufgrund der Erdölförderung zu machen und schließt: "Egal ob das Amazonasbecken oder der indonesische Urwald - die Zerstörung unserer wichtigen Lebensgrundlagen aus reiner Profitgier zeugt von menschlicher Dummheit und nicht von Fortschritt!"
(Schluss) ns/mp/mm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ Tel.: 01/53427-275 <http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS130 2006-01-17/12:24